



Unternehmen Codename „Gebetskreis“

Die Ermittlungsakte der Staatsanwaltschaft München zeichnet im Fall Ferrostaal das Bild eines offenbar hochkorrupten Konzerns. Im Zentrum: deutsche U-Boote, der Stolz der heimischen Rüstungsindustrie.

U-Boot „Papanikolis“ bei der Taufe 2004 auf der HDW-Werft in Kiel: „Als Deutscher kann man in Griechenland kein Geschäft machen“

Das Leben als Ermittler kann wirklich öde sein. Allein die ganzen Akten, die man bei irgendwelchen Razzien mitnimmt, Umzugskisten voller Ordner, die man hinterher durchblättern muss, wochenlang, monatelang. Eine Million Seiten Papier, kein einziger Lacher.

Und deshalb gleich zu Horst W., der zwar zu den Beschuldigten in diesem Fall zählt, sich ansonsten aber sehr verdient gemacht hat um die Staatsanwaltschaft München I. Nicht etwa, weil der Manager irgendetwas gestanden hätte im Schmiergeldskandal beim Essener Anlagenbauer Ferrostaal. Aber Horst W., das war endlich mal gute Unterhaltung.

Es ist der 24. März 2010, die Staatsanwaltschaft rückt mit einem Trupp Polizisten in die Ferrostaal-Zentrale in Essen ein. Ein Kronzeuge hatte den Fahndern tolle Geschichten über gekaufte Aufträge in aller Welt erzählt, angeblich ein

Schmiergeldsystem wie vorher schon bei Siemens. Jetzt suchen sie nach Beweisen.

An diesem Morgen also, um 11.05 Uhr, bekommt Horst W., bei Ferrostaal zuständig für Staatsaufträge aller Art, einen Anruf von zu Hause. Seine Frau ist dran. „So, sind jetzt alle weg“, sagt sie erleichtert. Die Polizei hatte gerade auch bei ihr vor der Tür gestanden; dass die Beamten nicht wirklich weg sind, sondern mit in der Telefonleitung hängen, ahnt sie nicht.

Das Einzige, was ihr jetzt noch Sorgen macht: dass die Kripo auch die Anschrift von der „Oma“ haben wollte. Ihrer Mutter. Kein Problem, beruhigt ihr Mann. Bis seine Frau damit kommt, dass er ja noch „die Sachen bei Oma liegen“ hat.

Jetzt hat Horst W. wohl doch ein Problem: „Wir müssen die Sachen wegbringen von der Oma, aber wohin, wohin?“, grübelt er. Sie überlegt: „Ich hol's raus, geb's der Karin und sag ihr, sie soll's ein

bisschen aufbewahren.“ Zur Karin also, der Schwägerin. „Gute Idee. Bis später“, verabschiedet sich Horst W.

Zwei Monate später führt ihn die Polizei aus der U-Haft zur Vernehmung vor; natürlich machen sich die Staatsanwälte das Vergnügen, ihm das Telefonat Satz für Satz vorzuhalten. Und Horst W. liefert ihnen eine Erklärung, so lächerlich, dass die Ermittler gut lachen haben.

Die „Sachen“? Nein, nein, er habe doch keine Akten wegschaffen wollen, wirklich nicht. Nur die Oma; die Oma sollte aus ihrem Haus geschafft werden, behauptet er allen Ernstes. Und die Ferrostaal-Papiere, die Fahnder dann prompt bei der Karin gefunden hatten, der Schwägerin? Ach die, na, die habe er vorher vielleicht mal aus Versehen liegen gelassen, bei der Oma, aber wie die dann bei der Karin landeten? Und die Liste mit den dubiosen Zahlungen in Griechen-



INSA KORTH / DAPD

land, von der er angeblich nicht wusste, wo sie abgeblieben war? Schau an, auch die bei der Oma, danach bei der Karin. Was man so alles vergisst. Erst kurz vor Schluss der Vernehmung beendet W. die Komödie und sagt, dass „ich meine Angaben so nicht aufrechterhalten möchte“. Zumindest die absurdesten nicht.

Lügen, lavieren, leugnen, das alles gehört zum Wesen der Korruption. Allerdings auch, dass die Sache ernster ist als der Versuch des Horst W., aus der Sache irgendwie herauszukommen. Erst recht ernst wird es deshalb nun für den Ferrostaal-Konzern. Nach Monaten, in denen die Fahnder Dutzende Zeugen und Beschuldigte vernommen und sich durch Regale von Konzernunterlagen gefressen haben, zeigen die vertraulichen Ermittlungsakten, wie tief die frühere MAN-Tochter offenbar über viele Jahre im Bestechungssumpf versunken war. 50 Be-

schuldigte führt die Staatsanwaltschaft inzwischen, darunter drei ehemalige Vorstände. Einer von ihnen: Ex-Chef Matthias Mitscherlich, der Sohn der berühmten Psychoanalytiker Margarete und Alexander Mitscherlich.

Gut 200 Millionen Euro Bußgeld fordern deshalb die Strafverfolger vom Konzern; so viel müsste die neue Ferrostaal-Führung unter dem Schweden Jan Secher zahlen, damit sie das Verfahren gegen die Firma beenden. Das ist genauso viel wie bei Siemens. Nur dass Siemens 80 Milliarden Jahresumsatz macht. Bei Ferrostaal, einem Unternehmen, das selbst nichts herstellt, aber für andere Firmen Großprojekte in aller Welt umsetzt, sind es dagegen gerade mal 1,6 Milliarden. So gerechnet, handelt es sich hier um eine der härtesten Strafen, die je ein deutsches Unternehmen zahlen sollte.

Denn anders als der Siemens-Konzern, der nur schmierte, um die eigenen Auftragsbücher zu füllen, übernahm Ferrostaal, so der Anfangsverdacht, die Bestechung offenbar auch für andere deutsche Firmen. Als eine Art Dienstleister, spezialisiert auf Geschäfte in Ländern, aus denen sich die Ferrostaal-Kunden lieber heraushalten.

Bewiesen ist das zwar bislang nicht. Sicher ist aber, der Fall Ferrostaal führt auch in direkter Linie zurück in unselige Zeiten der Schmiergeld-Republik Deutschland. Zu Namen, die schon beim faulsten Rüstungsdeal der Ära Kohl auftauchten, dem Verkauf von 36 „Fuchs“-Spürpanzern nach Saudi-Arabien, bei dem 220 Millionen Mark auf Offshore-Konten versickerten.

„Wir schmieren aus Prinzip nicht“, hatte dagegen der vor Monaten abgelöste Ferrostaal-Chef Mitscherlich immer selbstgewiss verkündet. Es war ein Dementi, das nebenbei auch einen Mythos schützte: den vom Triumph deutscher Spitzentechnologie, von der Unschlagbarkeit deutscher Ingenieurskunst, angeblich auf der ganzen Welt so begehrt, dass sie sich von allein verkauft.

Im Zentrum der Affäre steht nämlich der Stolz der deutschen Rüstungsindustrie: U-Boote der Howaldtswerke-Deutsche Werft (HDW) aus Kiel. Die modernsten und besten U-Boote der Welt. Das Boot schlechthin. Aber ins Ausland zu verkaufen wohl nur dank Ferrostaal und mit Schmiergeldhilfe.

Noch hatten die Ermittler, Stand Ende Oktober 2010, nicht herausgefunden, welche Politiker und Militärs in Griechenland, Portugal oder Südafrika die Hand aufgehoben haben. Vielleicht werden sie es auch nie herausfinden, weshalb Strafverteidiger auch schon von erpresserischem Druck einer Staatsanwaltschaft sprechen, der die schlagenden Beweise fehlen. Aber dass die auffällig hohen Provisionen, die Ferrostaal angeblichen Beratern gezahlt hat, wenig mit Beratung zu-

tun hatten und viel mehr mit dem Verteilen von Schmiergeldern, das steht für die Fahnder mittlerweile fest. Spätestens seit sie immer tiefer in das Griechenland-Geschäft eingedrungen sind.

Was für ein Tag, dieser 2. November 2010. Ein Feiertag in Kiel. Endlich. Nach vier Jahren, in denen die „Papanikolis“ im Dock der HDW gelegen hatte, bestellt und nicht abgeholt, wehte die griechische Flagge über dem U-Boot. Ein griechischer Vizeadmiral schwärmte von der wunderbaren Technik. Und der griechische Botschafter verliebte sich gleich in die Rundungen der Superwaffe.

Schon im Jahr 2000 hatte Griechenland die neue 214er-Klasse geordert, vier Boote, dieses eine in Kiel, außerdem noch drei Bausätze für eine Werft in Griechenland, Gesamtwert 1,14 Milliarden Euro. Damals hatte noch die Pasok-Partei in Athen regiert, dann kam 2004 die Nea Dimokratia und wollte das Boot nicht mehr, angeblich, weil es zu stark schwankte, in Wahrheit wackelte eher die Finanzierung. Seit 2009 hatte nun aber wieder die Pasok das Sagen. Und alles war gut.

War es das? War es nicht. Jedenfalls nicht für Johann Friedrich Haun, bis zu seiner Pensionierung 2003 zweiter Mann im Vorstand der HDW, davor 32 Jahre bei Ferrostaal. Einer der einflussreichsten deutschen Rüstungsmanager. Typ Hauden, Typ „Mich kann nichts mehr über-

-03-2000	YB	1 000 000 Dr.	?
10-04-2000	Georgios Agouridis	1 000 000 (44)	Zeit, Lohn, 2000
13-06-2000	Asian & Middle Eastern Engineering & Consulting Inc.	9 200 000	x
13-06-2000	Wilberforce Investments Ltd.	11 500 000	x
05-07-2001	Asian & Middle Eastern Engineering & Consulting Inc.	11 442 000	x
05-07-2001	Wilberforce Investments Ltd.	7 500 000	x
04-01-2002	Inveco	890 088	425
24-07-2002	Inveco	1 390 603	3 A
31-10-2002	Rangiroa Holdings Ltd.	3 355 000	2, k
05-12-2002	Morgan Stanley Ref. Kyros	2 070 000	5 x
05-12-2002	Morelia Trading S.A.	890 225	7 x
29-10-2003	Dolmarton Associated Inc.	3 800 000	x
29-10-2003	Rangiroa Holdings Ltd.	1 115 000	2, k

£ 55.159.916



BERND THISEN

Griechische Geldliste, Ferrostaal-Zentrale
Verliebt in die Superwaffe

raschen“; in der Branche hieß er nur der „Hannfried“. Für die Staatsanwaltschaft schlicht: „der Beschuldigte“.

Für Haun, 72, gab es am 2. November nichts zu feiern. Seit Sommer saß er in Untersuchungshaft; in den ersten Wochen hatte er noch erzählt, dass sie sich bei Ferrostaal niemals mit Firmen „ins Bett gelegt“ hätten, die Schmiergeld an Amtsträger verteilen. Immer schön sauber und korrekt, darauf hätten sie geachtet.

Doch am 27. Oktober, sechs Tage vor dem Festakt in Kiel, hatte ihn die Haft zermürbt. An diesem Tag machte Haun seine sechste Aussage, und danach war klar, dass es auch für alle anderen nichts mehr zu feiern gegeben hätte. Dass man die „Papanikolis“ am besten ohne Worte überführt hätte, ganz tief abgetaucht.

Über Bestechung habe er zwar nie mit jenen Beratern gesprochen, die Ferrostaal für den griechischen U-Boot-Deal angeheuert hatte. „Dies war eine Vereinbarung unter Gentlemen.“ Doch „jedem“, so Haun, „war klar“: Wenn es erforderlich wäre, dass diese Berater Geld an Entscheider durchsteckten, um den Auftrag zu gewinnen, dann werde das eben auch gemacht. Für ihn stehe fest, dass das in diesem Fall wahrscheinlich auch so gelaufen sei. Und wenn so etwas passierte, „war es für mich in Ordnung“.

Wie viel sich von den üppigen Beraterprovisionen letztlich in Schmiergeld verwandelt und für wen, das wisse er nicht, habe es auch nicht wissen wollen. Eines jedoch glaubte Haun sicher sagen zu können. „Als Deutscher kann man in Griechenland kein Geschäft machen.“

Nicht ohne ein „Team A“, einen „Gebetskreis“ – Codenamen, unter denen die mutmaßlichen Ferrostaal-Landschaftspfleger liefen.

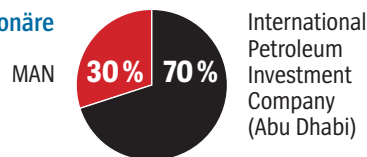
Griechenland ist heute für die Ermittler ein Fall von vielen, in denen es so oder ähnlich zugegangen sein könnte: Beim Bau von Schleppern für Ägypten soll ein Ferrostaal-Berater Geld an einen Vier-Sterne-Admiral gezahlt haben, in Argentinien soll ein anderer Spezi Geschäfte

Ferrostaal Konzernzahlen

Umsatz 2008	1,64 Mrd. €
Auftragseingang 2008	1,84 Mrd. €
Gewinn nach Steuern 2008	100 Mio. €
Mitarbeiter Ende 2008 davon 2617 in Deutschland	4845

Standorte in 42 Ländern

Aktionäre



Geschäftsbereiche

Projects (Anlagenbau), Trading & Services (Vertrieb und Service für Maschinenbauer), Assembly Solutions (Autozulieferung und Verkehrstechnologie)

für einen Ferrostaal-Partner angeschoben haben. In Kolumbien, so der Verdacht, halfen die Deutschen bei einem Auftrag für Küstenwachboote nach.

Das alles wurde der Münchner Staatsanwaltschaft von einem früheren Konzernmanager erzählt, der im Geschäft mal etwas für sich abgezweigt haben soll; als Kronzeuge der Anklage wollte er sich mit seiner Aussage Strafrabatt verdienen. Dazu kamen noch belastende Papiere, die den Fahndern 2009 bei einer Durchsuchung der früheren Ferrostaal-Mutter MAN in die Hände fielen. Zusammen war das genug für einen Anfangsverdacht.

Doch keinen Fall haben die Ermittler seitdem so akribisch durchleuchtet wie dieses U-Boot-Geschäft mit Griechenland, für das sich neuerdings auch die Athener Staatsanwaltschaft interessiert. Ein anderer Deal, mit Portugal, könnte ähnlich spannend werden; die portugiesischen Ermittler tun einiges, um aufzuklären, ob Gelder an Politiker geflossen sind. Wer aber das System begreifen will, muss die griechische Spur verfolgen, die weit zurück in die Vergangenheit reicht, in die griechische und die deutsche.

Ohne das Geschäft hätte man den U-Boot-Bau in Deutschland beenden können. Sagte Haun, als er begann, den Ermittlern wirklich etwas zu erzählen. Das Gleiche hörten sie von Walter Klausmann aus der HDW-Geschäftsführung: Der griechische Auftrag, das waren vier bis fünf Jahre Arbeit für die Werft, der griechische Auftrag war das Überleben. „Diese Aufträge waren zu 100 Prozent wichtig für die HDW“, sagte Klausmann.

Denn mit deutschen U-Booten ist das so eine Sache: Die HDW hatte der Bundesmarine 1994 das erste Boot der revolutionären 212er-Klasse verkauft. Revolutionär, weil sie als Antrieb die Brennstoffzellentechnik an Bord hatte, mit der man viel länger unter Wasser bleiben konnte als mit den üblichen Dieselmotoren. Doch die Entwicklungskosten für ein U-Boot sind so immens, dass deutsche Bestellungen nicht ausreichen. Nicht bei diesem Typ und auch bei keinem anderen. „HDW braucht den Export“, klärte Klausmann die Staatsanwälte auf.

Dafür speckten sie in Kiel das deutsche Boot ab – viel zu teuer fürs Ausland – aus 212 wurde 214, und die erste Regierung, die nun die 214er-Klasse kaufen sollte, saß in Athen. „Griechenland war der Eisbrecher“, sagte Klausmann, wenn erst mal die Griechen bestellt hätten, dann würden andere nachziehen.

Deshalb sei man „bei HDW heilfroh“ gewesen, als der Auftrag im Jahr 2000 endlich da war. Und natürlich auch bei Ferrostaal, dem Vertriebsarm der HDW. Die Werft baute die Boote, aber den Auftrag hereinzuholen, das war im Konsortium die Sache von Ferrostaal.

Es begann 1997, mit ersten Hinweisen, Griechenland wolle neue U-Boote. Es gab damals die Schweden, die Holländer, aber vor allem gab es die Franzosen von DCN mit ihrer Scorpène-Klasse. Technisch keine echte Konkurrenz, aber beim Preis allemal. Beim Einfluss erst recht.

In Griechenland mache man keine Geschäfte, ohne „gesellschaftlich und politisch richtig aufgehängt“ zu sein, erklärte Haun den Ermittlern. Ständig habe des-



Ferrostaal-Chief Mitscherlich 2008, Verteidigungsminister Tsochatzopoulos, Rüstungsmanager Haun 2001: „Wir schmieren aus Prinzip nicht“



MICHAEL KAPPELER / DAPD

Thyssen-Transportpanzer „Fuchs“: 220 Millionen Mark an „nützlichen Aufwendungen“

halb der französische Botschafter in Athen beim Verteidigungs- und beim Wirtschaftsminister im Büro gestanden; da hätten sie doch gegenhalten müssen. Und Haun kannte jemanden, seit 30 Jahren, einen „ganz ehrenwerten Mann“, einen, der sich verstand aufs Gegenhalten. Hermann Graf von Pückler.

Der Graf hat einen guten Namen als traditionsbewusster Adliger. Ging nach der Wende nach Brandenburg, um mit einem Forstbetrieb blühende Landschaften zu schaffen, so wie sein berühmter Urahn, der Parkschöpfer Hermann von Pückler-Muskau. Bekannt ist er auch als Weggefährte von Franz Josef Strauß. Weniger dagegen für seine Firma, die Eurotechnik GmbH, die bis 2005 bestand, sowie für seine Rolle als Geschäftsanbahner der deutschen Industrie im Ausland.

Pückler war in den Achtzigern und Neunzigern in mehreren Ländern der Vertreter der Odenwaldwerke. Die zählten zu den Zulieferern jener Fuchs-Panzer, von denen Thyssen 36 Exemplare 1991 gut geschmiert nach Saudi-Arabien lieferte. 220 Millionen Mark an „nützlichen Aufwen-

dungen“ wurden damals verteilt. Das meiste, 184 Millionen, ging an zwei Panama-Firmen. Hinter denen stand Mansour Ojje, ein saudischer Multimillionär. So zumindest erklärte später Thyssen-Manager Jürgen Maßmann die Konzernermittler auf. Er hatte den Deal damals eingefädelt.

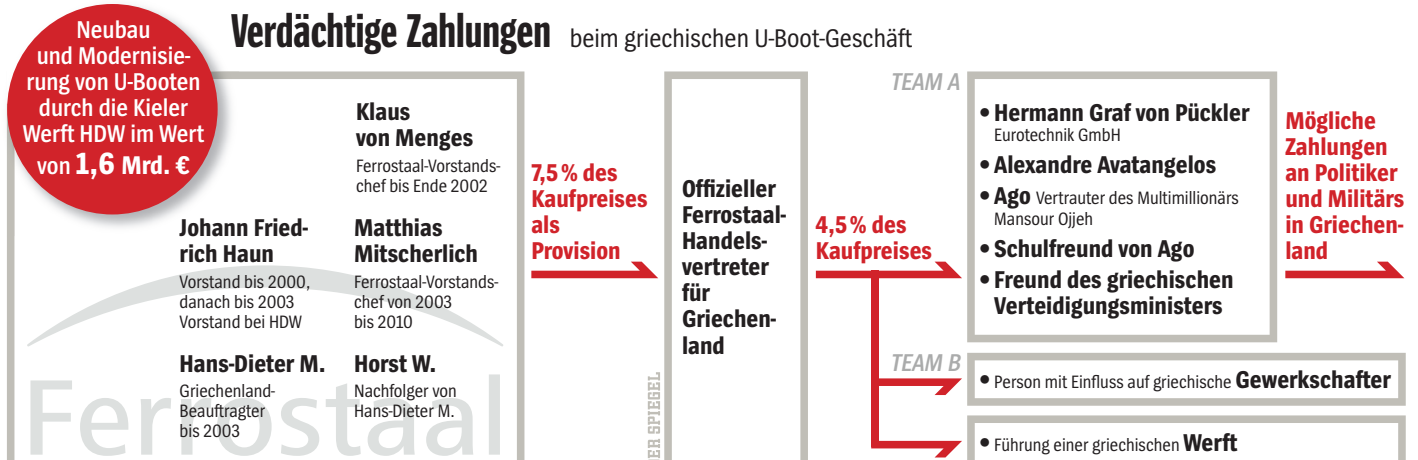
Dass Pückler der Deutschland-Vertreter von Ojjes Firmengruppe gewesen sein soll, wie ein Thyssen-Mann vor Jahren behauptete, bestreitet der Graf. Allerdings, eine Verbindung gab es schon. Denn wer traf sich am 9. Oktober 1990 in Köln, um Maßmann zufolge über die Fuchs-Panzer zu sprechen? Er selbst, Ojje – und Graf von Pückler.

Ojje hatte damals noch jemand mitgebracht, Rufname Ago. „Er gehört zur Ojje-Gruppe“, bestätigte Haun in seiner Vernehmung. Dieser Ago war ein alter Bekannter des Grafen, seit 1976 hatten beide engen Kontakt. Im März 1991 traf Pückler den Libanesen noch einmal, in London; am selben Tag zahlten die Saudis die erste Tranche für die Panzer. So zumindest steht es in einem Sonderbericht der Wirtschaftsprüfer, die für Thyssen 1996 den Deal aufgearbeitet haben.

Zufall oder nicht? In der Ferrostaal-Akte der Münchner Staatsanwaltschaft tauchen nun diese Namen wieder auf.

Pückler und Ojje-Mann Ago betreten die Bühne des Griechenland-Geschäfts 1997. Zu einem Zeitpunkt, als sich die Republik schon seit mehr als einem Jahr über den aufgefliegenen Panzer-Skandal empört. Bis in Details hinein wirkt das U-Boot-Geschäft wie eine Kopie des Panzer-Deals zehn Jahre zuvor: Wieder wird es angebliche Beraterfirmen in Steueroasen geben, die üppige Provisionen kassieren – Geld, das man an Politiker oder Beamte verteilen könnte. Und die Verträge mit diesen Beratern werden auch diesmal in einem Bankschließfach in Zürich liegen. Bis die Papiere irgendwann geschreddert werden. Aber dazu später.

Pückler sagte aus, sein alter Bekannter Haun habe ihn angesprochen, ob er bei den U-Booten nicht helfen könne. Es ist die Geburtsstunde von „Team A“, dem „Gebetskreis“. Fünf Männer, die dafür sorgen sollen, dass das deutsche Boot das Rennen macht. Natürlich sollen Pückler selbst und Ojjes Vertrauter Ago dazu-



gehören. Außerdem ein Schulfreund von Ago, den Pückler ebenfalls seit 1976 kennt. Dann noch ein griechischer Architekt. Den habe aber nicht er angeschleppt, behauptet Pückler heute.

Und schließlich gibt es da noch den großen Unbekannten: Er nennt sich Alexandre Avatangelos, aber nicht mal bei der Schreibweise ist sich die Staatsanwaltschaft heute sicher. Ein Wohnsitz auf Zypern, den er mal angab, stellte sich als Scheinadresse heraus. Allerdings soll sich Ago dafür starkgemacht haben, ihn einzuschalten. Und auch der Graf traf sich mindestens einmal mit ihm – 2005 in London. Das spricht dafür: Auch Avatangelos gehörte zum arabischen Zweig der Gruppe. Zusammen waren sie Team A. Alle wussten: Ferrostaal zahlt nur bei Erfolg. Aber dafür würde auch keiner aus Essen fragen, was sie für den Erfolg getan hatten.

Im Juni 1997 kommt es im Zürcher Hotel Baur au Lac zum entscheidenden Treffen. Das ergibt sich aus Aussagen bei der Staatsanwaltschaft. An diesem Tag werden die geheimen Verträge unterschrieben. Mitglieder des A-Teams unterzeichnen für drei Firmen, die ihren Sitz in der Karibik

Die Provisionen waren so hoch, dass für Ferrostaal nichts mehr übrigblieb.

haben, weit weg von allen Fahndern. Wenn Griechenland die Boote wirklich bestellt, bekommen sie 4,5 Prozent vom Kaufpreis, das ist der Deal. Für Ferrostaal setzt Hauns Griechenland-Spezialist Hans-Dieter M. seinen Namen unter die Verträge – auch er einer der Alten bei Ferrostaal, seit gut 40 Jahren im Unternehmen.

Der Ort Zürich ist kein Zufall. Gleich danach geht es zur UBS am Paradeplatz, um die Papiere wegzusperren, Schließfach Nummer 20843. Sie sollen dort nur zur Sicherheit liegen. Denn keiner hat vor, sie jemals irgendwo vorzulegen. Und auch direkte Zahlungen von Ferrostaal an diese Firmen wird es nie geben.

Als nämlich im Jahr 2000 die griechische Regierung tatsächlich den Deutschen den Zuschlag für die vier neuen Boote erteilt und zwei Jahre später sogar noch für die Nachrüstung alter U-Boote, geht das Geld einen anderen Weg.

Ferrostaal zahlt, so steht es in den Akten, an seinen offiziellen Handelsvertreter für Griechenland, den Mann, der schon seit Jahrzehnten die Firma dort repräsentiert. Der soll nun 7,5 Prozent Provision für den Deal bekommen, sagenhafte 120 Millionen Euro. In Wahrheit sind nur 3 Prozent für ihn, 4,5 Prozent gehen ans Team A im Hintergrund. Aus Essen schicken sie dann Anweisungen, wie der Frontmann den Anteil ans Team zu ver-

teilen hat. An die Firma von Graf Pückler fließen dabei eher bescheidene 300 000 Euro; er war nur so etwas wie der Scout, der die Mannschaft zusammenstellt.

Der Umweg über den offiziellen Ferrostaal-Vertreter löst ein Problem, das es 1997 noch nicht gab. Die Gesetze hatten sich nämlich geändert: Bis Februar 1999 konnten deutsche Unternehmen Bestechung im Ausland beim Finanzamt absetzen; nach dem „Tag X“, wie Haun den Stichtag für die Neuregelung nennt, waren solche Schmiergelder strafbar. Und Zahlungen an Offshore-Firmen, mit denen sich die Empfänger kaschieren lie-

ßen, im Konzern seither verboten.

An die drei Karibik-Adressen konnte Ferrostaal also nicht mehr zahlen. Aber welcher Steuerfahnder würde schon in Griechenland nachgucken, beim ehrenwerten Repräsentanten eines ordentlichen deutschen Konzerns?

Auch die Schließfach-Verträge mit den drei Firmen sind damit offenbar überflüssig. Glaubte zumindest das A-Team. Irgendwann fliegt Griechenland-Spezialist Hans-Dieter M. noch einmal für Ferrostaal nach Zürich. Mit einem Anwalt von Team A holt er die Verträge aus dem Schließfach und schreddert sie. Was ändert das schon? Die fetten Provisionen fließen, seit März 2000 sind 25,3 Millionen beim Team gelandet. Und vor Gericht gehen, Geld einklagen, könnte man sowieso nicht. Oder doch?

Etwa im Jahr 2003 stoppte dann aber der Geldfluss an Team A. Die Alten wa-

ren in Rente gegangen: Haun bei der HDW, der Griechenland-Bearbeiter Hans-Dieter M. bei Ferrostaal. Seinen Job hatte jetzt Horst W., der Mann, der später verdächtige Ferrostaal-Papiere bei Oma und Schwägerin verstecken würde.

Der neue Vorstandschef Mitscherlich erwartete sich von ihm allerdings mehr als neue Geschäfte. Horst W. war nach der Schule zum Finanzamt gegangen und hatte sogar mal ein paar Jahre als Steuerfahnder gearbeitet. Nun wurde er zum persönlichen Feuerwehrmann des Chefs, wenn es irgendwo brannte. Und in Griechenland brannte es, sollte Horst W. lö-

schen, mit ausufernden Beraterhonoraren Schluss machen. Weil die neue Führung einen harten Anti-Korruptionskurs fahren wollte? Oder nur weil die Marge nicht mehr stimmte? Denn die Provisionen waren augenscheinlich so hoch, dass bei dem U-Boot-Geschäft für Ferrostaal nichts mehr übrig blieb.

Kein Wunder: In dem Konvolut, das die Polizei bei der Schwägerin abholte, fand sie auch eine Liste der angeblichen Geldempfänger (siehe Seite 61). Insgesamt 55 Millionen waren demnach schon geflossen. Kassiert hatte aber nicht nur das A-Team. Um den Auftrag zu bekommen, hatte Ferrostaal eine marode halbstaatliche Werft kaufen müssen. Auch der Werftdirektor hatte dabei offenbar auf Umwegen Geld kassiert. Ebenso ein Team B, an dessen Spitze ein Mann stand, der starken Einfluss auf die Gewerkschaften hatte. Er sollte dafür sorgen, dass nicht Streiks die Montage der drei U-Boot-Bausätze auf dieser Werft blockierten.

Horst W. drückte nun also die Griechenland-Provision von gut 120 auf rund 80 Millionen; das Team A war empört, fühlte sich betrogen. Kurz danach kam es deshalb zu einem Treffen in London. Horst W. hörte sich das Lamento von Avatangelos an, seine Forderungen. Später aber meldete er sich nicht mehr bei Team A. Und deshalb war 2006 doch jemand bereit zu klagen: die Karibik-Firma von Avatangelos. Der nahm sich einen deutschen Anwalt, reichte in der Schweiz eine Schiedsklage ein und forderte die angeblich noch fehlenden gut 60 Millionen Euro. Für einen Schattenmann, von dem heute niemand weiß, wo er ist, und vor allem, wer er in Wahrheit ist, war er plötzlich sehr sichtbar.

Bei Ferrostaal wurden sie hochnervös, am Ende zahlten sie ihm noch elf Millionen Euro, gegen den Rat von Horst W. Dessen Anwalt sagt, dass an seinem Mandanten deshalb in der ganzen Angelegenheit nichts hängenbleiben werde. Gerade Horst W., dessen Haftbefehl ebenso wie der von Haun inzwischen ausgesetzt ist, habe doch alles getan, um Zahlungen im Zweifel zu stoppen.

Die Geldanweisung vom 8. August 2007 trägt die Unterschrift von Vorstandschef Mitscherlich. Das ist der Grund, weshalb die Staatsanwaltschaft ihn und einen Kollegen zu Beschuldigten erklärt hat. Der Verdacht: Bestechung in einem besonders schweren Fall.

Was also hat Mitscherlich gewusst? Der Sohn der Psychoanalytiker Margarete und Alexander Mitscherlich, die mit ihrem Werk „Die Unfähigkeit zu trauern“ zu Idolen der 68er-Bewegung wurden. Sie trieben eine ganze Generation dazu an, ihren Eltern unbequeme Fragen zu stellen. Fragen danach, was sie im „Dritten Reich“ getan hatten, wo sie



Ferrostaal-Berater Pückler, Multimillionär Ojeh: Vereinbarung unter Gentlemen

mitgemacht, warum sie nicht nein gesagt hatten. Und wie sie es schafften, so viel Schuld zu verdrängen.

Mitscherlich wuchs mit Theodor Adorno auf, mit Jürgen Habermas, der bis heute ein Freund ist; das hat ihn geprägt. Obwohl er kein Vordenker der Nation wurde, galt er doch als der Nachdenkliche. Der Intellektuelle auf dem Chefposten, wie sie ihn nannten, bevor er den Top-Job wegen des Skandals verlor.

Einer wie er kann sich schlecht darauf rausreden, dass ihm der Weitblick gefehlt, dass er nichts gehaut habe. Nicht bei Provisionen in dieser Höhe, nicht in Ländern wie Griechenland, von denen man eigentlich wissen muss, dass Bestechung dort so üblich ist wie hierzulande Trinkgeld. Denn ausgerechnet in Griechenland hatte Mitscherlich zwei Jahre gelebt, hatte dort den Athener Flughafen geleitet. Und vorher war er auch schon eine Zeitlang in Nigeria gewesen, für den Anlagenbauer Klöckner. Wer in Nigeria Millionen umsetzt, der muss auch wissen, welche Versuche es in vielen Staaten der Welt gibt. Und wie schwer es ist, dazu jedes Mal nein zu sagen.

Dass Mitscherlich an Korruption gar nicht gedacht habe, so argumentiert sein Strafverteidiger aber auch nicht. Natürlich habe Mitscherlich beim Griechenland-Geschäft Verdacht geschöpft. Deshalb habe er das alles doch auch gründlich prüfen lassen. Aber eben nichts Verwertbares gefunden.

Es stimmt tatsächlich, dass Mitscherlich eine Kanzlei beauftragte, das Geschäft aufzurollen. Ihr Anwalt besuchte 2007 Haun, auch Hans-Dieter M.; beide gaben ihm schriftlich, dass sich das Team A das Geld verdient habe, sonst hätte man den Auftrag doch nicht bekommen.

Sogar mit Avatangelos traf sich der Advokat am Flughafen in Kopenhagen, besser gesagt mit dem Mann, der sich Avatangelos nannte. Genauer lässt sich das nicht sagen, auch der Anwalt ließ sich nicht den Pass zeigen. Schlechtgelaunt versicherte Avatangelos, dass er selbst-

verständlich niemanden bestochen habe; deshalb sei der Anspruch auch rechtens.

Von Graf Pückler brachte der Anwalt schließlich noch die Zusage mit, dass nach dem Vergleich mit Avatangelos auch die anderen aus dem A-Team Ruhe geben würden. Für Ferrostaal bedeutete das halbwegs Rechtssicherheit; ohne jede Sicherheit wäre so ein Vergleich nahe an der Untreue gewesen. Heute allerdings kann sich Pückler nicht mal mehr an den Namen Avatangelos erinnern. Sagt er. Der habe überhaupt nicht zur Beratergruppe gehört, die er mit Ferrostaal zusammengebracht habe. Außerdem sei er, Pückler, doch schon 2000 aus dem Geschäft ausgestiegen, von Schmiergeldern

Mitscherlich hätte eigentlich wissen müssen, dass in Griechenland Bestechung üblich ist.

wisse er auch nichts; schon gar nicht habe er damit etwas zu tun gehabt.

Die Detektei Control Risks erhielt schließlich den Auftrag, möglicherweise bestochene Entscheider in Griechenland auszumachen, erfolglos. Dann kam noch das Schiedsgericht in der Schweiz zu dem Schluss, dass der Anspruch von Avatangelos recht plausibel erscheine, man solle sich einigen. So habe man doch gar nicht anders gekonnt, als zu zahlen, argumentiert Mitscherlichs Verteidiger.

Dennoch bleibt für die Ermittler die Frage: Was hat Mitscherlich wirklich gewusst? Und was wollte er wissen? Der Kronzeuge der Staatsanwaltschaft, der die Razzien im vergangenen Jahr ausgelöst hat, belastet ihn schwer. Mitscherlich habe Kenntnis davon gehabt, dass in Griechenland geschmiert werde.

Keineswegs, sagt Mitscherlich, weder in diesem noch in einem anderen Fall. Also auch nicht in Argentinien. Dort, so der Kronzeuge, habe Mitscherlich sogar persönlich einen Schmiergeldverteiler einschalten wollen. Nach einem konspirativen Gespräch mit dem Zeugen habe

sich der Ferrostaal-Chef auch mal verschwörerisch mit den Worten verabschiedet: „Ich weiß davon nichts. Machen Sie mal.“ Mitscherlich bestreitet auch das. Und was kann man einem Kronzeugen glauben, der andere belastet, weil er selbst belastet ist?

Er ist aber nicht der einzige, der Zweifel sät. Hans-Dieter M., der Griechenland-Beauftragte, hat sich persönlich von Mitscherlich verabschiedet; es muss am 2. Juli 2003 gewesen sein, nachmittags um 16 Uhr, in dem kleinen Besprechungszimmer, links vom Großraumbüro; er hat daran trotz seiner 72 Jahre noch eine ziemlich gute Erinnerung.

Schon bei der Gelegenheit habe er Mitscherlich gesagt, dass über ihren offiziellen Ferrostaal-Partner in Griechenland Gelder an Dritte durchgereicht würden. „Ich bin mir sicher“, so der Griechenland-Rentner zu den Ermittlern.

Doch Mitscherlich habe gar nicht nachgefragt, an wen, warum, wie viel. „Er hat meine Darstellung so hingenommen.“ Mitscherlich zufolge war in dem Gespräch allerdings nicht von Korruption die Rede, also habe er auch nicht reagieren müssen. Fest steht: Drei Jahre später leitete Mitscherlich eine Untersuchung ein – als Avatangelos klagen wollte.

Auch ein Mitarbeiter der Steuer- und Finanzabteilung sagte bei der Staatsanwaltschaft aus. Der Mann hatte in seinem Büro fast alle Beraterverträge in 26 Aktenordnern gesammelt. Er dokumentierte und kommentierte akribisch, und er konnte sperrig werden, wenn ihm etwas zu streng nach Korruption roch.

2007 habe ihn Mitscherlich zu einem Vier-Augen-Gespräch einbestellt und ihm gesagt, die ewige „Hin- und Her-Maillei“ müsse ein Ende haben, ebenso wie diese ganze Aktenführung. Mitscherlich habe später auch dafür gesorgt, dass er im März 2009 gehen musste, sechs Monate vor seinem Vorruhestand, der schon vereinbart war. Fazit des Steuerexperten: Mitscherlich habe versucht, „möglichst wenig Fingerabdrücke zu hinterlassen“.

Wieder hält Mitscherlich dagegen. In keinem Fall habe er eine kritische Prüfung von Vorgängen unterbunden. Auch habe die Pensionierung des Mannes mit so etwas nichts zu tun.

Welcher Geist unter Mitscherlich durchs Unternehmen wehte, zeigt aber vor allem eine Entscheidung, bei der das Thema Korruption auch eine Rolle spielte. Allerdings wohl eher die Frage, wie man sich besser nicht erwischen lässt.

2004 gründete Ferrostaal zusammen mit HDW in London die Marine Force International (MFI). Hatte Ferrostaal bis dahin die HDW-Boote von Essen aus verkauft, verlagerten die Partner den Vertrieb jetzt nach England. Intern lief das als „Project Efficiency“, aus der Aussage des begleitenden Anwalts von Simmons & Simmons wird aber deutlich, dass es noch einen anderen, ganz entscheidenden Grund dafür gab: die Hoffnung auf harmlosere Finanzbehörden in England.

Bei den Gesprächen vor der MFI-Gründung sei es mehrmals darum gegangen, dass deutsche Finanzbeamte gerade bei Rüstungsgeschäften sehr genau hinschauten und man mit ihnen viel schwerer einen Deal aushandeln könne als in England. Das sei „sicherlich ein wichtiger Punkt“ gewesen, so der Anwalt heute. In einer Mail an Kollegen in London fragte er deshalb seinerzeit auch nach, ob britische Steuerbehörden sofort die Staatsanwaltschaft einschalteten, wenn sie auf verdächtige Zahlungen stieße, wie die Deutschen. Oder vielleicht doch nicht.

Für Mitscherlich spielte das angeblich keine Rolle. Von London aus habe man bessere Geschäfte machen können. Und davon mal ganz abgesehen, sei er für die MFI nicht zuständig gewesen. Überhaupt seien diese ganzen Vorwürfe der Staatsanwaltschaft haltlos; am Ende werde das Verfahren eingestellt.

Das also ist heute der Blick der Ermittler auf die griechische Affäre. Sie steht für ein Unternehmen, in dem die Rechtsabteilung lange den Spitznamen „die Wäscherei“ hatte. Und in dem die Standardformulare, mit denen Manager die Sauberkeit eines Geschäfts versicherten, nach dem Motto „Gelesen, gelocht, gelacht“ unterschrieben wurden, wie einer aussagte. Trotzdem ist das nur ein Ausschnitt des Mosaiks. Ein kleiner.

Für den U-Boot-Auftrag in Portugal etwa soll sich Ferrostaal den portugiesischen Honorarkonsul in München eingekauft haben. Der verschaffte Chef-Verkäufer Haun, so dessen Erinnerung, dafür sogar einen Termin zum Mittagessen mit José Manuel Barroso, damals Premierminister, heute Präsident der EU-Kommission. Inzwischen wurde der Konsul abgesetzt. Barroso beteuert, er habe sich

niemals in das Vergabeverfahren eingemischt. In Portugal landeten wohl 30 Millionen Euro von Ferrostaal. Sie flossen über eine englische Firma, hinter der sich aber offenbar mal wieder Briefkastenklitschen in Steueroasen verbargen; Staatsanwälte ermitteln. Die Tarnung erinnert sehr an das Modell Griechenland.

Bei den Südafrika-Booten flossen mindestens 6,5 Millionen Euro an eine Firma in Liberia. Sie gehörte einem Berater, der schon bei einem Geschäft mit deutschen Fregatten für Südafrika 22 Millionen Dollar kassiert hatte. In beiden Fällen gab es Gerüchte, dass Staatspräsident Thabo Mbeki etwas abbekommen habe. Ebenso sein Nachfolger Jacob Zuma. Alle Beteiligten wiesen die Vorwürfe wiederholt empört zurück. Was Mitscherlich nicht wundert. Ferrostaal und deutsche Staatsanwälte hätten die Geschäfte in Portugal und Südafrika untersucht – von Unregelmäßigkeiten keine Spur.

Margarita Mathiopoulos sollte nach eigener Darstellung im Jahr 2004 helfen, den Bauauftrag für U-Boote, die Ägypten kaufen sollte, zur griechischen HDW-Werft zu lotsen. Daraus wurde nichts, mit den deutsch-griechischen Tauchschiff-Geschäften habe das aber nichts zu tun gehabt, so Mathiopoulos.

Eine andere Firma, an der sie beteiligt war, verlangte von Ferrostaal sogar zehn Millionen für ein Finanzierungskonzept, damit Portugal sein U-Boot-Geschäft stemmen könnte, ohne Ärger mit der EU zu bekommen. Aber das Konzept war so dünn, dass Ferrostaal die Forderung am Ende abblockte. Mathiopoulos sagt, sie habe nicht hinter dieser Forderung gestanden und sei auch deshalb kurz darauf aus der Firma ausgestiegen.

Auch ein Ex-Abgeordneter stand lange

auf der Ferrostaal-Payroll: Siegfried Zoglmann, rechter Flügelmann der FDP, später CSU-Mitglied, bis 1976 im Bundestag. Seit 1983 verdiente sich Zoglmann als Lobbyist jeden Monat die stolze Summe von 20 000 Mark, dann ab 1992 noch 10 000 Mark. 2003 lief der Vertrag aus, trotzdem forderte seine Familie nach Zoglmanns Tod 2007 noch eine hohe Abfindung.

Sein Geld, so erklärte Haun seinen Nachfolgern bei Ferrostaal, sei der Mann auch allemal wert gewesen. Als „enger Spezi von Hans-Dietrich Genscher“ habe Zoglmann jederzeit Termine bei Franz Josef Strauß, Theo Waigel, Peter Ramsauer oder Edmund Stoiber beschafft. Als ein Ferrostaal-Anwalt Haun daraufhin löcherle, was der alte Zoglmann denn genau getan hatte, schwor Haun ihn erst mal auf seine Schweigepflicht als Anwalt ein. Was genau, das dürfe nämlich auf keinen Fall an die Öffentlichkeit kommen.

Und so gibt es bei Ferrostaal noch viel zu tun. Für Staatsanwälte, für Historiker, natürlich für die neuen Manager. Allein 64 Millionen Euro kosten bisher die Rechtsanwälte, die nun die alten Schmuddelgeschäfte intern aufarbeiten sollen. Falls auch noch die 200-Millionen-Strafe der Staatsanwaltschaft dazu kommt, könnte das die Existenz der Firma gefährden. Zumal im Markt viel Vertrauen verlorengegangen ist – eine Bürde, die es nun noch schwerer macht, neue, saubere Aufträge hereinzuholen.

Für einen Teil des Schadens sollen immerhin die früheren Vorstände gerade stehen. Ferrostaal will zu alldem nichts sagen; man verweist auf die laufenden Ermittlungen. Doch sicher ist, dass der Konzern Schadensersatzklagen gegen Mitscherlich und andere Vorstände vorbereitet, auch gegen Håkan Samuelsson, den früheren MAN-Chef und Ferrostaal-Aufsichtsratsvorsitzenden.

Selbst wenn sie alle tatsächlich nichts von Bestechung gewusst haben, wenn das Strafverfahren zumindest gegen Mitscherlich im Nichts endet, wofür sogar einiges spricht: Dass Ferrostaal zu wenig getan hat, um Bestechung vorzubeugen, dafür gibt man den Alt-Vorständen heute die Schuld. Ein Kontrollversagen.

Die interne Griechenland-Ermittlung 2006, mit der sich Mitscherlich von Versäumnissen freisprechen möchte, gilt im Konzern heute übrigens nur noch als Alibi-Veranstaltung. Bei Siemens hatten sie dafür mal eine Abkürzung. PYA: Protect your ass. Eine Aktion also, um vor allem die eigene Haut zu retten. Damit man am Tag, an dem die Staatsanwälte einrücken, sauber dasteht.

JÜRGEN DAHLKAMP,
MARKUS DETTMER, JÖRG SCHMITT



Beraterin Mathiopoulos*
Dünnes Konzept

* Mit Gaddafi-Sohn Saif al-Islam 2008.